

Juso-Chef: „Ampel fährt mit Handbremse“

Herr Tümer, in Sachsen und Thüringen könnte die SPD im Herbst einstellig werden. Warum ist Ihre Partei dort so erfolglos?

PHILIPP TÜMER: Die SPD insgesamt ist gerade in keinem guten Zustand. Und das wirkt sich besonders in den Bundesländern aus, wo die Strukturen der Partei schon immer schwächer waren. Dort leidet sie nun auch noch unter dem Frust über die schwache Ampelpolitik. Insbesondere seit dem Haushaltsturteil befinden wir uns in einer gefährlichen Abwärtsdynamik, die es jetzt dringend zu durchbrechen gilt. Wir müssen den Aufbruch schaffen.

Wie denn?
Entscheidend ist, dass die Ampel wieder wahrgenommen wird als Regierung mit hoher Problemlösungskompetenz für das, was die Menschen umtreibt. Beim Wohnungsmangel zum Beispiel. Wir müssen auch den Klimaschutz wieder positiv besetzen und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Die Menschen sollen Klimapolitik nicht mehr als soziale Bedrohung, sondern als wirtschaftliche Chance wahrnehmen.



Philippe Tümer, Vorsitzender der Jusos.
Foto: dpa

Was schlagen Sie vor? Förder-
töpfe für Bürger und Industrie? Jedenfalls brauchen wir keine Kaufprämien für E-Autos. Die können sich ohnehin nur Reiche leisten. Förderungen für die Transformation der Industrie sind aber notwendig. Auch das im Koalitionsvertrag angekündigte Klimageld muss noch in dieser Legislaturperiode kommen. Die Ampel muss da Tempo machen.

Kanzler Scholz sagt doch, er mache „Deutschland-Tempo“. Tempo machen geht nur mit fiskalischer Handlungsfähigkeit des Staates, die muss er schnell wieder herstellen. Das geht kurzfristig nur mit Aussetzung der Schuldenbremse. Es ist ein Kardinalfehler, sie unangetastet zu lassen. Das steht sinnbildlich dafür, dass die Ampel mit angezogener Handbremse fährt. Die muss der Kanzler lösen. Wir müssen an die großen Vermögen ran. Da haben wir ein massives Gerechtigkeitsproblem.

Inwiefern? Wohlstand kann kaum noch erarbeitet werden. Das schafft man in einem normalen Arbeitsleben nicht mehr. Wohlstand wird eigentlich nur noch vererbt. Wieso stellt keiner die Frage nach den reichen Schmarotzern, die nicht selbst arbeiten, aber trotzdem immer reicher werden? Wir haben eine Rekordzahl an Milliarden in diesem Land, während gleichzeitig die Armut wächst. Dieses Ungleichgewicht müssen wir bekämpfen, auch wenn das den Cheflobbyisten der Superreichen bei der FDP nicht gefällt.

Interview: Kristina Dunz

Die Abgründe der evangelischen Kirche

Dank der Mitwirkung mehr als 100 Betroffener sexualisierter Gewalt können Forscher erstmals Strukturen dokumentieren, die bundesweit in Kirchengemeinden und diakonischen Werken Missbrauch ermöglichen.

Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Hannover.** „Es ist ein rabschwarzer Tag für die evangelische Kirche und Diakonie in Deutschland. Die Kirchenglocken sollten läuten und die Fahnen auf Halbmast wehen.“ Mit diesen Worten bereitet Detlev Zander als Vertreter der Missbrauchsopfer in der evangelischen Kirche die Menschen in Deutschland auf eine Studie vor, die die Institution in ihren Grundfesten erschüttert. Tausende Täter und Opfer. Strukturen und Mitarbeiter, die Gewalt ermöglichen und vertuschen. Und ein fehlender Wille zur Aufarbeitung und angemessene Entschädigung. Das Urteil des Forschungsteams, das erstmals die sexualisierte Gewalt bei den Protestanten in Deutschland bundesweit aufgearbeitet hat, ist vernichtend.

Und das, obwohl die Forscher nach Angaben von Studienleiter Martin Wazlawik damit „nur die Spitze der Spitze des Eisbergs“ dokumentieren können. Denn ursprünglich gehörte eine stichprobenartige Durchsicht von Personalakten zum Forschungsdesign, vertraglich vereinbart zwischen dem Forschungsverband und der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). 19 der 20 evangelischen Landeskirchen haben sich dazu jedoch laut Wazlawik personell nicht in der Lage gesehen, weshalb die Analyse nicht stattfinden konnte. Stattdessen seien nur die 4.282 Disziplinarakten der Pfarrer analysiert worden. „Damit ergibt sich eine erheblich geringere Quellenlage als etwa bei der 2018 vorgestellten Studie zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche mit 38.000 analysierten Personalakten“, erklärt der Mannheimer Psychiater Harald Dreßing als Teil der Forschungsgruppe.

Trotz der fehlenden Dokumente können die Forscher dank der Mitwirkung von mehr als 100 Betroffenen sexualisierter Gewalt die Strukturen beleuchten, die Missbrauch ermöglichen und vertuschen. „Sexualisierte Gewalt ist ein Problem aller evangelischen Einrichtungen, auch von Kindertagesstätten“, sagt Wazlawik. Eine öffentliche Kom-



David Farago von der Giordano-Bruno-Stiftung demonstriert am Rande der Vorstellung der Studie zum Missbrauch in der evangelischen Kirche in Hannover für die Rechte von Menschen, die im Kontext von Kirchen Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind.

Foto: dpa

munikation darüber finde bei den Protestanten jedoch erst seit 2018 statt. „Dabei wird versucht, abzulenken und zu relativieren.“ Genutzt würden dafür Verweise auf die katholische Kirche und deren Risikofaktoren wie das Zölibat, die es in der evangelischen Kirche nicht gebe. Aber auch Verweise auf Missbrauch als gesamtgesellschaftliches Problem, weshalb es auch Einzelfälle in der evangelischen Kirche gebe. „Zudem wird behauptet, dass Missbrauch zwar stattgefunden habe, jedoch nur in der Vergangenheit.“

Auch das evangelische Selbstbild der „besseren Kirche“ sowie Harmoniezwang und Konfliktunfähigkeit haben laut Wazlawik dazu geführt, „dass man diese strukturelle Gewalt nicht sehen will, obwohl man sie sehen kann“.

Nach Angaben Wazlawiks stehen die Erfahrungen der Betroffenen im eklatanten Widerspruch zur angeblichen Null-Toleranz-Politik der EKD gegenüber Missbrauch. „Verhalten sich Betroffene nicht so,

wie es verlangt wird, wird ihre Glaubwürdigkeit angezweifelt und der Kontakt abgebrochen. Auch dann, wenn die Opfer selbst Mitarbeiter sind.“ Oft folge auch der soziale Ausschluss. „Vor allem dann, wenn Opfer ihren Tätern nicht vergeben möchten. Dazu werden Betroffene tatsächlich aufgefordert.“ Insgesamt zeigt das laut Wazlawik, dass EKD und Diakonie Betroffene weder vor Missbrauch schützen, noch sie bei der Aufarbeitung unterstützen. „Täter kommen nur

ans Licht, wenn Betroffene um Aufarbeitung kämpfen. Kirche und Diakonie arbeiten nicht proaktiv.“

Das erlebt auch Katharina Kracht, die als Jugendliche von einem evangelischen Pfarrer der Landeskirche Hannover missbraucht wurde und im Beirat des Forschungsverbundes mitgewirkt hat. „Die Studie zeigt alles, was Betroffene seit Jahren erleben. Die evangelischen Landeskirchen ermöglichen Missbrauch und verhindern Aufklärung.“

110 Beschuldigte in Westfalen

■ Eine der 20 evangelischen Landeskirchen in Deutschland hat dem Forschungsverbund für seine Studie auch eine Personalaktenanalyse ermöglicht. Welche ist, gibt Studienleiter Martin Wazlawik nicht bekannt. Auf Anfrage erklären die Landeskirchen Westfalen und Lippe, dass sie diese Ana-

lyse nicht ermöglicht haben. Aus Westfalen sind nach Angaben des Landeskirchenamtes Daten über 110 Beschuldigte und 251 Betroffene aus dem Zeitraum von 1946 bis 2020 in die Studie eingeflossen. Auch aus Lippe wurden Daten gemeldet. Zahlen nennt das Landeskirchenamt jedoch nicht.

Die EKD sei ein zahnloser Tiger, weil jede Landeskirche ihren Umgang mit Beschuldigten und Betroffenen selbst bestimme. „Täter bleiben unentdeckt. Allein in meinem Fall sind inzwischen zwölf weitere Täter bekannt.“

Die Lehrerin fordert deshalb nicht nur, dass die EKD und ihre Landeskirchen sowie die Diakonie Verantwortung für das Leid der Betroffenen übernehmen und entsprechend handeln, sondern auch, dass der Staat einschreitet. „In keiner evangelischen Institution gibt es ausreichend Kompetenz und Willen, um Missbrauch künftig zu verhindern, Taten aufzuarbeiten und Betroffene angemessen zu entschädigen.“ Kracht verweist dafür auch auf den ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm, der kurz vor seinem Rückzug sagte, dass er das Problem der sexualisierten Gewalt gerne mehr thematisiert hätte. „Er hat es aber nie getan. Worte statt Taten – typisch für die evangelischen Kirche.“

Die Wahlbeobachter der OSZE werden weder die Wahlen in Weißrussland im Februar noch die Präsidentenwahlen in Russland im März beobachten können. Abrüstung findet schon lange nicht mehr bei der OSZE statt. Zwar fordert Malas Außenminister Borg von den 57 Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und die Unantastbarkeit der Grenzen, doch Russland ficht das nicht an.

Neuer Vorsitz soll Zukunft der OSZE sichern

Klaus Prömpers

■ **Wien.** „Wir sollten alles tun, was möglich ist, damit diese Organisation nicht stirbt“, so Malas 37-jähriger Außenminister Ian Borg zum Auftakt seines Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien. Borg sieht die Beendigung des Ukraine-Krieges als wichtigste Aufgabe und wird schon kommende Woche nach Kiew fahren, um zu hören, wie dort weiter geholfen werden kann.

In Moskau hat er noch keinen Termin bekommen. Malta, das derzeit auch einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehat, wird sich dennoch schwer tun, die OSZE wieder mit Leben zu erfüllen. Zwar versprach Borg, mit dem maltesischen Vorsitz eine Brücke zu bauen zum 50. Jahrestag der Gründung der OSZE in Helsinki im kommenden Jahr. Aber die Amtszeit der vier Hauptverantwortlichen der Organisation, darunter die deutsche Generalsekretärin Helga Schmid, wurden zuletzt lediglich um neun Monate verlängert.

Am 4. September müssen entweder Nachfolger gefunden sein, oder die Organisation stirbt einen leisen Tod. Vor der Wahl Malas zum Vorsitz hatte Russland verhindert, dass das Nato-Mitglied Estland übernahm. Seit drei Jahren weigert sich Russland, einem Haushalt zuzustimmen. Seitdem bewegt man sich im immer enger werdenden Korsett des 2021er Haushaltes von etwa 138 Millionen Euro. Dabei unterhält die OSZE noch immer in 12 Staaten Südosteuropas und des Kaukasus Büros, die den Weg zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatsprinzipien unterstützen sollen, mit fraglichem Erfolg.

Die Wahlbeobachter der OSZE werden weder die Wahlen in Weißrussland im Februar noch die Präsidentenwahlen in Russland im März beobachten können. Abrüstung findet schon lange nicht mehr bei der OSZE statt. Zwar fordert Malas Außenminister Borg von den 57 Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und die Unantastbarkeit der Grenzen, doch Russland ficht das nicht an.

Bauerndemo kippt Gedenken an Holocaust

■ **Magdeburg** (AFP). Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat eine für Samstag geplante Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus wegen angekündigter Bauernproteste abgesagt. Die gemeinsam mit der Landesregierung im Plenarsaal vorge sehene zentrale Gedenkstunde des Landes zum nationalen Holocaust-Gedenktag finde nicht statt, teilte Landtagspräsident Gunnar Schellenberger (CDU) mit.

Die angemeldete Demonstration mit rund 2.500 Teilnehmern sowie etwa 300 Traktoren verhinderten ein „angemessenes, würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ sowie eine geordnete An- und Abreise. Die Grünen-Fraktionschefin im Landtag, Cornelia Lüdemann, sagte, die Absage sei „an Instinktlosigkeit kaum zu überbieten“. Sie sprach von einem Alleingang Schellenbergers.

„Die evangelische Kirche wurde in ihre Einzelteile zerlegt“

Der Kirchenrechtler Thomas Schüller fordert mindestens 100.000 Euro für jeden Betroffenen sexualisierter Gewalt.

Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Münster.** Als die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und Präsidentin der westfälischen Landeskirche, Annette Kurschus, vor zwei Monaten ihren Rückzug ankündigte, weil ihr vorgeworfen wird sexuell übergriffiges Verhalten eines ehemaligen Kirchenmitarbeiters vertuscht zu haben, spricht Kirchenrechtler Thomas Schüller von einem muster-gültigen Fall für den Umgang mit Missbrauch bei den Protestanten. Nach der Vorstellung der ersten bundesweiten Studie zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland zeigt sich, dass er richtig lag. „Das Ausmaß ist ähnlich hoch wie in der katholischen Kirche.“ Recht behält Schüller auch in der Ankündigung, dass die evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am 25. Januar mit der Vorstellung der

Studienergebnisse des Forschungsverbundes ihr Waterloo erleben wird. „Die EKD steht nackt da. Das Selbstverständnis der besseren Kirche, die demokratischer, menschlicher, partizipativer und liberaler ist, wurde in den Grundfesten erschüttert.“ In der evangelischen und der katholischen Kirche herrschten ähnliche Mechanismen und Strukturen, die Missbrauch ermöglichen und vertuschen. „Trotz aller Bekundungen steht aber auch heute noch bei Katholiken und Protestanten der Schutz der Institution höher, als der Schutz von Opfern.“ Damit sei die EKD in ihre Einzelteile zerlegt worden, sagt Schüller, der an der Universität Münster lehrt und forscht.

Auch die evangelische Kirche ist nach Angaben Schüllers eine sündige Kirche. „Weil sie sich an so vielen Menschen vergangen hat, in dem sie sexualisierte Gewalt ermöglicht und vertuscht und mit der nicht gewollten Aufarbeitung

ein zweites Mal missbraucht.“ Trotz des vernichtenden Urteils, zu dem die Studie kommt, scheinen das laut Schüller aber noch immer nicht alle in der EKD verstanden zu haben. Das zeige beispielhaft der Auftritt der EKD-Ratsvorsitzenden Kirsten Fehrs vor der Vorstellung der Studienergebnisse. „Sie sprach von Erschütterung und der Übernahme von Verantwortung und nutzte lediglich dieselben billigen und plumpen theologischen Floskeln, die auch schon ihre Vorgängerin Annette Kurschus und so viele vor ihr genutzt haben, um von diesem kompletten Organversagen abzulenken.“ Statt demütig die Kritik entgegen zu nehmen, sei sie patzig in die Offensive gegangen. „Unerträglich für die Betroffenen.“

Kritik übt Schüller auch an den geringen Anerkennungsleistungen an Betroffene, die die 20 evangelischen Landeskirchen zählen – im Durchschnitt etwa 15.000 Euro. Die Höhe sei jedoch vom Tatort abhängig, da die Landeskirchen die Zahlungen unterschiedlich handhaben. Das zeige, wie hartherzig diese Kirche sei, sagt Schüller. „Mit dieser Armen- speisung muss Schluss sein. Nötig sind 100.000 Euro pro Betroffenem, denn sie leiden



Thomas Schüller, Theologe und Kirchenrechtler.

Foto: dpa